

# Responde

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

48. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, austr. Postbestellgebühr. Erscheinungstage des Jhrg.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 4. Oktober 1910.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 115.

## „Das Wohlergehen der Gehilfen liegt uns auch ferner am Herzen!“

Der Schriftleiter Hermann Zimmer hat gestern in der Absicht, sich das Leben zu nehmen, ein größeres Quantum Zynol getrunken. Schlechte Vermögensverhältnisse sollten das Motiv zur Tat gewesen sein.

So und ähnlich lautete eine Notiz in den Braunschweiger Tageszeitungen am 27. September d. J. Zimmer gehörte zu den von der tariffreien Millionenfirma Friedrich Bieweg & Sohn in Braunschweig entrechteten und jeder freien Meinung beraubten N.-W., wie wir sie bereits in Nr. 60 des „Rorr.“ in einem Artikel geschildert haben. Er zählt mit zu denen, die naiv genug waren, den Versicherungen der Firma Glauben zu schenken, „daß ihr das Wohlergehen der Gehilfen am Herzen liege“ und denen sie „in Zeiten der Not und Krankheit“ beistehen wollte (wie es gelegentlich des Austritts der Firma aus der Tarifgemeinschaft in einem von ihr in den Druckerzeiträumen angeschlagenen Maaß so schön hieß), aber dann später, als die rebellierenden Gehilfen sich wieder beruhigt hatten, einsehen mußten, daß zwischen Versprechen und Halten häufig ein nicht kleiner Unterschied besteht.

Ermutigt durch diesen Erlaß, richtete nämlich Zimmer damals ein Darlehensgesuch an die Firma mit dem Erfolg, daß — es abgelehnt wurde. So sieht eben das Biewegsche Wohlwollen in der Praxis aus! Er hungerte sich bei dem traurigen Verdienste weiter durchs Leben, bis er jetzt einen schnellen Tod — 3. ist rasch dem Gifttrunk erlegen — einem langsamen Verhungern vorzog. Dieser arme Teufel, schon äußerlich ein Bild des Jammers, gehörte eben zu der Kategorie der Biewegschen Gehilfen, die bei allem Fleiße mit den dürftigsten Löhnen sich zufrieden geben müssen.

Seine besten Jahre hatte Zimmer der Firma Bieweg geopfert, und jetzt, nachdem er krank und schwach geworden, dem Manne beizustehen und etwas entgegenzukommen, dazu reichten die feierlichen Versprechungen dieser Weltfirma nicht aus.

Dabei ist die Firma gut patriotisch und national bis auf die Knochen und sucht auch nach außen hin damit zu brillieren, indem sie ihre Arbeiter zu allem möglichen patriotischen Klimbim mißbraucht, sie sogar in den Flottenverein drängt, andererseits ihnen aber das Koalitionsrecht vorenthält und sie überhaupt in jeder Weise bevormundet. Wollte man außer diesem unmoralischen Druck auf die Biewegschen Angestellten auch all die Mißstände, die auf tariflichem Gebiet, in den Hausstätten und in der Betriebskrankenkasse existieren, hier anführen, man könnte eine ganze Nummer des „Rorr.“ damit füllen.

Das Beweiskräftigste aber ist, daß die etwa 100 Gehilfen dieser Druckerei so eingeschüchtern sind, daß sie nicht den Mut finden, gegen diese Verhältnisse Front zu machen. Werden die Gehilfen von Bieweg nun aus dem Falle Zimmer die nötigen Konsequenzen ziehen? Werden sie endlich an Stelle der Biewegschen Almosen Rechte fordern? Werden sie sich die Tarifgemeinschaft zurückerobern und sich die Koalitionsfreiheit erkämpfen?

Sie könnten es, wenn sie es wollten, wenn sie etwas mehr Vertrauen zu ihrer eignen Kraft und Sache und etwas mehr Selbstachtung und Selbstbewußtsein hätten. Wir wissen sogar, daß der größere Teil dem Verbandsympathisch gegenübersteht.

Aber nach den gemachten Erfahrungen besteht wenig Hoffnung auf dieser Richtung hin. Es ist weit eher anzunehmen, daß sie auch ferner in dumpfer Resignation dahinbrüllen und weiter eine Faust in der Tasche machen werden. Sollten wir uns diesmal täuschen, dann um so besser.

Braunschweig.

— 2 —

## Gewerkschaftsrevue.

Mit einer Hochspannung der Gefühle und der Erwartungen blickte in diesen ersten und kritischen Tagen nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch die gesamte Öffentlichkeit konzentrierte ihr ganzes Interesse auf den in der dritten Septemberwoche zu Magdeburg, der alten sturmumbräunten Elbfeste, versammelt gewesenen Parteitag der deutschen Sozialdemokratie. Wir haben uns in Konsequenz des unabhängigen Standpunktes jeder Gewerkschaft von jeglichem Parteigetriebe und in Wahrung

der neutralen Tendenz unsres Verbandsorgans einer Stellungnahme zu den innerparteilichen Zeit- und Streitfragen zu enthalten. Das mag ein jeder von uns mit sich ausmachen, ein jeder auch nach seinem politischen Bekenntnis und dessen besonderer Nuancierung entscheiden. Was aber den Buchdrucker, den Gewerkschafter, den Genossenschaftler und den Arbeiter im allgemeinen an dieser wichtigen Tagung der größten deutschen Partei, die von so manchem deutschen Staatsmanne schon und zuletzt von dem in den vergangenen Monaten und Wochen so vielgenannten badijschen Minister v. Bodmann offen oder in einiger Umschreibung die Arbeiterpartei genannt worden ist, ohne daß diese regierenden Herren der Sozialdemokratie deswegen etwa weniger gegnerisch gesinnt gewesen wären, interessiert, soll, wie in fast allen Jahren, auch diesmal im „Rorr.“ zum Ausdruck kommen und in objektiver Weise Bewertung finden wie jüngst erst mit dem Kopenhagener Kongresse geschehen, der von uns mit der Rote „Befriedigend“ jensuriert werden konnte.

Da es in Magdeburg auch eine Buchdruckerdebatte gab, wenn auch nur eine miniature, so sei mit ihr der Reigen dieser analysierenden Betrachtungen eröffnet. Zugutererst, als die Geister erschläft und dem Reste der Tagesordnung wie auf allen größeren Tagungen sich nur noch abgeschwächtes Interesse zuwendete, kam man auch auf die Geschäftsführerkonferenzen der Parteibrudereien zu sprechen, zu denen eine Vertretung der Personale ein Antrag Bremen ausdrücklich verlangte. Es sei nicht mehr wie recht und billig, heißt es in der Begründung, daß wenn diese Konferenzen Beschlüsse von weittragender Bedeutung für die Druckereipersonale fassen, diesen auch eine Vertretung zugestanden werden müsse. Pfannkuch hatte als Referent bereits am ersten Tag erklärt, daß zu den Konferenzen der Geschäftsleitungen künftig auch die Vertreter der in den Parteioffizinen beschäftigten Arbeiter hinzugezogen werden sollen. Daß am sechsten Verhandlungstage diese Angelegenheit, in Kehrausstimmung, trotzdem noch einmal aufs Tapet kam, bedingte die geschäftsordnungsmäßige Erlebigung des Punktes „Sonstige Anträge“. Zu den sieben Rednern zur der Konferenzfrage zählten zwei Nebaktuelle. Der dritte ist uns seiner „Charge“ nach unbekannt. Aus ihren Ausführungen war, soweit die kurz gehaltenen Berichterstattung ein Urteil gestattet, eine wohlwollende Stellungnahme zu dem Antrag erkennbar. Der dritte Mann im Bund, auch ein Delegierter aus Hannover, erhoffte von der Annahme des Antrags ein Aufhören der „vielen Streitigkeiten“, was wohl besagen soll: zwischen Geschäftsleitung und Personal. Wir sind nicht „ortskundig“ genug, zu sagen, inwieweit dieser Hinweis Berechtigung hat. Unser Wissen im allgemeinen reicht nur so weit, zu erklären, daß, um mit den Worten Bebel's bei der Budgetdebatte zu reden, auch in Klion gesündigt wird. Die zwei folgenden Redner waren beide vom Bau, der eine Geschäftsführer des „Hamburger Echo“, der andre vom Berliner „Vorwärts“. Wérad (Hamburg) betonte, daß die Forderungen des Personals möglichst weitgehend erfüllt werden müßten. Es seien auch viele Zugeständnisse gemacht worden, das Personal sei aber trotzdem nicht zufrieden. Es huldige dem Grundsatz, daß Ungenügsamkeit eine Tugend sei. Was wohl stimmen muß, denn sonst würde die sozialdemokratische Presse ihn nicht jeden Tag vertreten. Wérad meinte aber, es gäbe noch eine andre Tugend, nämlich die der Bescheidenheit. Was auch zuzutreffen scheint, ansonsten sie nicht die bürgerliche Presse fortgesetzt predigen würde. Natürlicherlich nicht, wenn die Minimumen für Oberbühnenmeister und Minister oder wenn das Gehalt — Zivilliste im offiziellen Deutsch geheizen — des preußischen Königs eine kräftige Verbesserung erfahren soll, sondern ausgerechnet den Arbeitern gegenüber. Aber die Maximalsätze des Tarifs könne aber kaum hinausgegangen werden, läßt die Berichterstattung dann noch den Hamburger Geschäftsführer sagen. Das wäre, sollte die Äußerung wirklich so gefallen sein, ein sachlicher Irrtum von Wérad. Die Buchdrucker kennen nämlich nur einen Minimaltarif. Das war von jeher schon so. Nach oben sind — um hier ein geflügeltes Wort anzunehmen — „der Wohlthätigkeit keine Schranken gesetzt“. Richard Fischer (Berlin) verfiel in dieser Hinsicht den gleichen irrigen Gedanken. Zur Abwechslung und zur Unterscheidung von Wérad legte er jedoch auf die Frage der Rentabilität der Parteigeschäfte die Betonung. Eine klügliche Sache! Zugeiten

der Tarifbewegungen — wir erinnern nur an 1906 und speziell an die Angelegenheit der Zulagen für die über Minimum Bezahlten — hörte man andre Töne. Da ist den Gehilfenvertretern ganz gehörig der Standpunkt von der sozialdemokratischen Presse klar gemacht worden, weil sie die Rücksicht auf die Rentabilität des Buchdruckgewerbes nicht außer acht ließen, wenn sie nicht nur die ihnen stets vor Augen geführten großen Druckpaläste in Berlin, Leipzig und Stuttgart sahen, sondern auch an Wurzeln dachten, welchen Abstand zwischen den Druckorten Richard Fischer glaubte anführen zu müssen, um eine gewisse mechanische Auffassung unsrer Kollegen in den Parteibrudereien zu charakterisieren. Nun, wir verkennen nicht, daß manche dieser Blätter mit Schwierigkeiten zu rechnen haben, noch weniger aber, daß diese in Privatbetrieben häufig weit größer sind. Uns liegt also jede mechanische Beurteilung der Dinge fern, wie — nicht zum erstenmal — auch anerkennen, daß die Verhältnisse in den Druckereien der sozialdemokratischen Organe nicht immer, aber meistens doch den Blättern als nachahmenswertes Beispiel dienen können, die an den Arbeitsverhältnissen in den Parteibrudereien so viel auszusuchen haben. Richard Fischer hatte aber vollständig recht, als er die Ansicht aussprach, der Buchdruckerverband denke jedenfalls nicht an den Abschluß eines Sondertarifs mit den sozialdemokratischen Geschäften. Im deutschen Buchdruckgewerbe existiert ein kollektiver Arbeitsvertrag, der auf beiden Seiten von der Allgemeinheit der Berufsgenossen abgeschlossen ist und demgemäß auch allgemein gilt. Das von Fischer angeführte Argument, daß andernfalls auch die Firmen Wölfe, Scherl und Ullstein bezahlter müßten, was der „Vorwärts“ zahlen würde, ist also von vornherein gegenstandslos. Damit sind wir auch etwaiger Abwägungen überhoben, wo die Bezahlung in den benannten großen Zeitungsdruckereien eine höhere und die sonstigen Verhältnisse bessere sind. Die von Richard Fischer noch aufgestellte Behauptung, daß ein sozialdemokratisches Geschäft ebensowenig wie ein bürgerliches seinen Arbeitern eine Parteiangebührigkeit vorschreiben dürfe, unterstreichen wir recht kräftig. Es ist das zwar ein ganz selbstverständlicher Standpunkt, der von den Buchdruckern nicht nur in ihrem Organe stets verfolgt worden ist, er kann aber für hüten wie brühen nicht stark genug betont werden. Nach Richard Fischer sprach auch noch unser Kollege Hildenbrand (Stuttgart) gegen den Antrag Bremen. Er bespricht unangenehme Auseinandersetzungen auf diesen Konferenzen und Vermehrung der ohnehin schon genügend vorhandenen Schwierigkeiten für unsre Organisation. Ein hannoverscher Fischer brach als letzter eine Lanze für die beantragte Vertretung der Personale auf den Geschäftsführerkonferenzen, während sein Namenskollege aus Berlin die Sache am besten in der von dem sozialdemokratischen Parteivorstande beabsichtigten Form einfacher Hinzuziehung Erlebigung finden sieht, in welchem Standpunkt ihm unser Stuttgarter Kollege zustimmte. Entgegen diesen Abwimmlungen wurde der Bremer Antrag jedoch dem Parteivorstande zur Berücksichtigung überwiesen. An sich ist diese Angelegenheit nicht geeignet, uns Buchdrucker in einen großen Disput zu stürzen. Eine reine Zweckmäßigkeitfrage zwischen zwei getreuen Nachbarn darstellend, ist den Beteiligten auch zu überlassen, wie sie sich darüber verständigen. Da es jedenfalls aber verlobt, der Diskussion in dieser Sache nicht Bloß dem gedruckten Buchstaben nach zu folgen, richteten wir unsren Reaktionserscheinwerfer auf diese stellenweise recht interessante Debatte.

Der hannoversche Delegierte Fischer schien auf dem Magdeburger Parteitage Dezerment für Buchdruckerangelegenheiten zu sein. Er schnitt anschließend nämlich noch einen Punkt an, der schon mehrfach in unsren Kreisen Vernehmung erregte: den Mater-nauskauf. Und zwar einmal der sozialdemokratischen Zeitungen untereinander mit den Reichstagsberichten, zum andren mit sogenannten bürgerlichen Blättern bezüglich der Inserate. Man kann das unter Berufung auf den Geworstand unsrer Organisation in Hannover vorgebrachte Argument, daß durch diesen Mater-nauskauf seitens des „Vorwärts“ manche Arbeitskraft in der Parlamentszeit brach gelegt wird, wohl gelten lassen. Und wer zurückdenkt an die unter den Buchdruckern in den neunziger Jahren ausgebrochene Beunruhigung über das allerdings nicht zur Einführung gelangte Plattenunternehmen der bekannten Potsdamer Firma, wird es deshalb um so begreiflicher finden, daß über den verschiedentlich nun



entschiedene Verurteilung; diese hänge sich nach außen das Mäntelchen der Wohltätigkeit um, im Betriebe werde jedoch der kräftigste Standpunkt des „Serrin im Hause“ vertreten. Die Schuld an den schlechten Zuständen tragen jedoch auch die Kollegen, die von Anfang an einiger und viel energischer hätten sein müssen. Die Vertrauensleute sowohl wie der Vorstand hätten trotz aller Bemühungen nichts ausrichten können, da alles an der wenig mannhaften und unkollegialen Art vieler Kollegen scheiterte, die sich immer wieder durch Versprechungen und „Wohlthaten“ betören ließen. Die Kollegen wurden von allen Rednern aufgefordert, sich endlich aufzuraffen und energisch und einig zu sein, dann würden auch dort bessere Verhältnisse zu schaffen sein.

**Wärzburg.** Die unterfertigte Kommission muß es sich versagen, auf die Ausführungen des Kollegen M. Engel in Nr. 112 des „Korr.“ schon heute des näheren einzugehen. Wir werden aber diese seine Ausführungen zum Tagesordnungspunkte der nächsten Mitgliederversammlung erheben und wünschen, daß Kollege Engel dort erscheint. Nicht „mordio!“ werden wir schreiben, sondern die ganze Angelegenheit ebenso objektiv behandeln wie in letzter Versammlung. Den letzten Satz seiner Ausführungen möchten wir aber schon heute zur besseren Beachtung für „drüben“ zurückgeben. Die Gehilfenvertreter der Fachschul-Kommission; F. Waier, S. Kemmerich, G. Wöhr, J. Schäfer, R. Schmidt.

## Rundschau.

**Gehilfenprüfung in München.** Wegen außerordentlichen Andrangs zu dem schon in Nr. 107 angekündigten Termin der Gehilfenprüfung in der Buchdruckerfachschule zu München konnten nicht alle Meldungen berücksichtigt werden. Es mußte darum ein zweiter Prüfungstermin angesetzt werden, an dem alle jene Prüflinge zu erscheinen haben, die bei der ersten Prüfung am 1. und 2. Oktober nicht zugelassen werden konnten. Zu diesem zweiten Termine, der auf den 8. und 9. Oktober festgesetzt wurde, können noch weitere Meldungen angenommen werden. Diese sind an Herrn J. B. Graf, Vorsitzender der Gehilfenprüfungskommission für Buchdrucker, Geschäftsstelle München, Goethestraße 12, I. z., zu richten. Anmeldebformulare sind von der gleichen Stelle zu beziehen. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir dieses lebhafteste Interesse für die Gehilfenprüfung innerhalb der Münchner Kollegenschaft auf die im „Korr.“ vor kurzem erschienene Artikelserie „Aus der Handwerkerlehre“ zurückzuführen und freuen uns, daß in Kollegenkreisen die Bedeutung der Gehilfenprüfung höher bewertet wird als früher. Denn wir nehmen an, daß die starke Beteiligung an der diesmaligen Gehilfenprüfung in München nicht nur in einer umfangreichen Teilnahme der Neuausgelernten ihre Ursache hat, sondern auch durch eine Steigerung der Zahl älterer Gehilfen entstanden ist, die sich die gesetzlichen Rechte aus der Ablegung der Gehilfen- bzw. Meisterprüfung sichern möchten. Es wäre zu wünschen, daß dieses Beispiel der Münchner Kollegen auch anderwärts Nachahmung findet. Mag auch mancher über unsere Einschätzung dieser „Zunftgesetz“ sich erheben fühlen, so erblickten wir doch in einer planmäßigen Nachprüfung der Lehrlingsausbildung sowie im Erwerb des Ausbildungsrechts durch die Gehilfenprüfung nach den gesetzlichen Vorschriften mehr praktische und erfolgversprechende Arbeit auf dem Gebiete der Lehrlingsfrage als in noch so tiefstimmigen Verteilungen auf eine andere, spätere Gesellschaftsordnung, in der auch die Lehrlingsfrage keine besonderen Kopfschmerzen mehr bereiten soll. Wir betrachten diese Sache als erste und zweckmäßige Gegenwartsarbeit, die in der Zukunft Früchte tragen wird.

Karl Albrecht, ein Mitbegründer des Untenberghundes, ist dieser Tage als 80-jähriger Greis in Berlin gestorben. Sein langes Leben hat ihm kein andres Fazit gebracht, als daß er der Nestor einer rückgratlosen und verträulichen Arbeiterorganisation war, der er sogar zwei Jahre lang als Vorsitzender diente. Wir wollen ihm darum nicht über's Grab hinaus gram sein; er war zu schwach, um als Mann und als Buchdrucker den Kampf ums Leben so zu führen, wie es in seinem und der Gesamtheit seiner Berufskollegen Interesse gelegen hätte. Doch auch der „Dank vom Hause Gabsburg“ blieb ihm nicht erspart. Denn obwohl ihm „die Sache der Nichtveränder gleichsam ans Herz gewachsen war“, wie jetzt beim Ableben Albrecht's der „Typograph“ verkündet, so mußte er es doch erleben, daß er nach über 50-jähriger Berufstätigkeit im Lohne gekürzt werden sollte, weil er nicht mehr so leistungsfähig war wie in seinen jungen Tagen. Das passierte ihm in der Mitte der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts, trotzdem sein Sprößling, der Untenberghund, alles versucht, um sich die Günst und das Wohlgefallen der Arbeitgeber in Buchdruckgewerbe zu erbetteln. Ja, er mußte es sogar erleben, daß damals gerade nur die von ihm so bitter gehähten Verbandsmitglieder für ihn eintraten und dafür sorgten, daß ihm ein auskömmlicher Lohn gesichert wurde und er als Zeitungsetzer „Nr. 91“ noch einige Jahre vor seiner gänzlichen Invaldität zusehen konnte, wie bevorzugt seine organisatorische Schöpfung von Prinzipalsgnaden ihr gesühntes Dasein feierten konnte bis zum heutigen Tag. Und nun war Freund Hein so rücksichtslos, ihm die Augen zu schließen, damit er es nicht mehr sehe oder erlebe, wie sein Werk immer tiefer und tiefer sinkt in der Achtung aller denkenden Arbeiter.

**Genossenschaftliche Notfonds.** In der Generalversammlung des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz

wurden die von uns in Nr. 112 besprochenen Anträge auf Schaffung eines Notfonds und eines Wohnungsfonds der Verwaltung zur Erwägung überwiesen. Danach wird eine Vorlage ausgearbeitet werden, die den Mitgliedern in einer späteren außerordentlichen Generalversammlung zur gründlichen Aussprache und zur definitiven Beschlußfassung unterbreitet werden soll.

Eine internationale Konferenz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit fand vom 19. bis 21. September d. J. in der Pariser Sorbonne statt. Sie war von 300 Delegierten aus 21 Ländern besucht, wovon eine große Anzahl als offizielle Vertreter der betreffenden Regierungen galten, während die deutsche Reichsregierung nicht vertreten war; dafür jedoch die General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands. Die Konferenz war einberufen von einem in Jahre 1908 auf der ersten Arbeitslosigkeitskonferenz in Mailand eingesetzten Komitee, das seinen Sitz in Paris hat. Fragen der Arbeitslosigkeit, der Arbeitsvermittlung und der Arbeitslosenversicherung sowie die Schaffung einer ständigen internationalen Verbindung bildeten die Hauptpunkte der Tagesordnung. Dazu lag der Konferenz eine in drei Sprachen gedruckte Denkschrift der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands vor, in der die wichtigsten Fragen vom Standpunkte der Gewerkschaften behandelt und besonders für die Arbeitslosenversicherung das System der staatlichen Förderung und die Unterstützung der gewerkschaftlichen Arbeitslosen empfohlen werden. Mit Schärfe wird auf das Verhalten der deutschen Reichsregierung hingewiesen, die seither für die Arbeitslosen keine Mittel übrig hatte, während in Belgien, Holland, Frankreich, Dänemark, Norwegen und in der Schweiz öffentliche Mittel, staatliche und kommunale, für diesen Zweck den Gewerkschaften in beträchtlicher Höhe zur Verfügung gestellt wurden. Es wird nachgewiesen, daß die deutschen Gewerkschaften in den Jahren 1903—1909 an Arbeitslose am Ort und auf Reisen 34,5 Millionen Mark aus eignen Mitteln ohne fremde Hilfe aufbringen mußten. Es sei Pflicht des Staatswesens, für die Opfer der Arbeitslosigkeit zu sorgen. Die deutsche Reichsregierung sei sich völlig darüber klar, daß die gewerkschaftliche Arbeitslosenversicherung die einzige sei, die sich in der Praxis bewährt habe. Wenn sie es ablehne, die Gewerkschaften in dieser Aufgabe zu unterstützen, so gehe das als Voreingenommenheit gegen die Kampforganisationen der Arbeiterklasse. Die Traditionen des Sozialistengesetzes seien in Deutschland auch heute noch nicht überwunden. Die Denkschrift spricht die Erwartung aus, daß die Konferenz sich in der Frage der Arbeitslosenversicherung rücksichtslos für das Genter System der staatlichen Förderung der gewerkschaftlichen Unterstützungsstellen erklären werde. Die Verhandlungen der Konferenz wurden mit einer Begrüßungsrede des früheren französischen Ministers Coehery und einer solchen des schwedischen Ministers Hamilton eingeleitet. Im Bericht über die zweitmündigste Form der Arbeitslosenstatistik hob Professor Westergaard aus Kopenhagen die Bedeutung der Gewerkschaften für diese Aufgabe hervor. Sie seien am besten geeignet, wertvolles und brauchbares Material zu liefern, vor allem treffen dies für Länder mit starken Gewerkschaften zu. Daneben kämen noch die Krankenkassen in Betracht. Das von den Arbeitsnachweiser gelieferte Material stellt er erst in die zweite Linie. Ferner empfahl er die Registrierung der Preisquantitäten. In der Debatte zu diesem Punkte, der als Mittel zur Erforschung der Arbeitslosigkeit und nicht als Heilungsversuch zu veranschlagen ist, wurde von verschiedenen Seiten der Aufbau der Statistik auf der Grundlage der Berufsorganisationen mit Recht als der beste Ausweg bezeichnet. Der Berichterstatter zur Frage der Arbeitsvermittlung, Professor Schlawi (Rom), sprach sich prinzipiell für paritätische Arbeitsnachweise aus, hielt indessen die Klassenachweise zurecht noch für unentbehrlich. Sie seien aber in Zeiten starker Arbeitslosigkeit völlig hilflos. Er verlangte Unparteilichkeit, Neutralität in Konfliktsfällen, paritätische Verwaltung und enge Verbindung mit Arbeitslosenaktion, Bewaffnung, am besten durch die Gewerbeinspektion, Kostendeckung durch Gemeinde und Provinz mit staatlichen Zuschüssen mit dem Ziele möglicher Verstaatlichung, strenge Bewaffnung der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung, deren Verdrängung durch die öffentlichen Nachweise ganz von selbst und ohne Entschädigung kommt, vor allem aber eine freikheitliche Gesetzgebung auf sozialpolitischem Gebiet. In der Debatte wies R. Schmidt (Berlin) auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse in Deutschland hin. Die deutschen Gewerkschaften hätten in einer Reihe von Berufen die Arbeitsvermittlung tariflich geregelt. Dadurch werde den Arbeitern zugleich eine gewisse Lohnhöhe und Arbeitsdauer gewährleistet. Die Arbeiter wären mit dieser Regelung sehr zufrieden, nicht so sehr vielleicht gewisse großindustrielle Kreise. Wenn die Gesetzgebung in diese Entwicklung eingreife, so soll sie die gewerkschaftliche Stellenvermittlung verbieten und die öffentlichen paritätischen Nachweise fördern, mit dem Ziele der Ausschaltung der einseitigen Unternehmensnachweise. Bedauerlich wäre, daß den Millionen von Landarbeitern nicht durch Arbeitsnachweise ein gewisses Maß von Arbeitsbedingungen garantiert werden kann. Dr. Dominikus (Straßburg) trat für eine Zentralisation der öffentlichen Nachweise ein. Aus den Berichten zog er die Lehre, daß in England die Regierung auf diesem Boden alles tue, dagegen die Städte weniger; umgekehrt sei es aber in Deutschland. Hier tun die Städte viel und die Regierung gar nichts. Piquard (Paris) wünschte, daß der Bericht der General-Kommission der deutschen Gewerkschaften zu dieser Frage ernstlich beachtet werde. Villenatte, ein frau-

zösischer Industrieller, gab dem Mangel an gelernten Arbeitern die Schuld an der großen Arbeitslosigkeit. Er wünschte bessere Lehrlingserziehung und paritätische Arbeitsnachweise. Ihm trat unser Kollege Reuser (Paris) entgegen, und zwar in einer Weise, die nicht unsern vollen Beifall finden kann, soweit wir dabei deutsche Verhältnisse im Auge haben. Er bezeichnete den öfteren Berufswechsel für die Arbeiter als vorteilhaft. Dem gerade die zu weit gehende Spezialisierung schädige die Arbeitslosen. Dabei jedenfalls Kollege Reuser nur die mechanische moderne Arbeitsteilung in Fabriken usw. im Auge gehabt haben dürfte. Er betonte ferner, daß die französischen Gewerkschaften Gegner der paritätischen Arbeitsnachweise wären, was ebenfalls nur auf besondere eigenartige Landesverhältnisse zurückzuführen sein wird. Erwähnenswert aus dieser Debatte wären noch die Ausführungen eines andern Redners, der darauf hinwies, daß nicht der Mangel an tüchtigen Arbeitern die große Arbeitslosigkeit verursache, sondern die schlechte Bezahlung der gelernten Arbeiter, die es unter solchen Umständen vorzöge, andre Berufe zu ergreifen. Die Behandlung des dritten Punktes der Tagesordnung, die Arbeitslosenversicherung, gestaltete sich sehr lebhaft und verdient unser ganz besonderes Interesse. Das einleitende Referat hielt Dr. Falkenburg (Amsterdam), der im allgemeinen sich auf den Boden des Genter Systems stellte und nebenbei sehr praktische Zeitsätze zur Arbeitslosenkontrolle entwickelte. Darunter verweist er die Prüfung der Tatsache, die Fortdauer der Arbeitslosigkeit und der Unmöglichkeit geübend entlohnte und der früheren ähnliche Beschäftigung zu finden. Die Gewerkschaften hielt er für selbstverständlich berechtigt, eine eigene Kontrolle einzuführen und zu erhalten. Bei Vorhandensein eines guten Arbeitsnachweises müßten sich die Arbeitslosen täglich dort eintragen lassen. Gäbe es keinen Arbeitsnachweiser, so sei es Sache der Gewerkschaft, das Arbeitslosenverzeichnis zu führen. Der Arbeitsloseninspektor habe die gewerkschaftliche Listenführung kontrollieren zu lassen. Dr. Fuiter, französischer Referent, vertrat den Standpunkt der allgemeinen obligatorischen Versicherung und erörterte die Voraussetzungen, unter denen die Arbeitslosigkeit versicherungsfähig wird. Dazu gehöre die Ausschließung der freiwilligen und der vom Arbeiter selbst verschuldeten Arbeitslosigkeit, wenn die Gewerkschaft sie als solche anerkenne. Dazu führe der Vertreter der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands, Imbreit (Berlin), aus, daß die Freunde der obligatorischen Versicherung der Arbeitslosen auch hierbei nicht vergessen dürften, daß gerade diese Versicherung der tätigen Selbsthilfe der Arbeiter bedarf und sich auf der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter aufbauen muß. Die Arbeitslosenversicherung sei mehr wie jede andre vom persönlichen Verhalten der Versicherten abhängig, und keine öffentliche Versicherung über einen so weitgehenden Einfluß auf ihre Mitglieder aus, wie die Gewerkschaften, und keine Arbeitslosenkontrolle sei so wirksam und wird so gern ertragen als die ibrige. Alle vorurteilslosen Freunde der Arbeitslosenversicherung müssen daher die gewerkschaftliche Selbsthilfe fördern. Die deutsche Reichsregierung gehört leider nicht zu diesen vorurteilslosen Freunden. Sie hat in diese rein soziale Frage politische Gesichtspunkte hineingetragen. Sie will keine Arbeitslosenversicherung, wenn die Gewerkschaften deren Träger sind. Aber gerade in Deutschland mit seinen starken Gewerkschaften wäre eine ausgedehnte Versicherung am ehesten möglich. Er hofft, daß die Konferenz Übernehmungen in der Anerkennung des Genter Systems der öffentlichen Förderung der Gewerkschaftsversicherung. Der Vertreter der Hirsch-Dunderschen Werkverleiher, G. Ibschmidt, hält es nicht für ausgeschlossen, einen Weg zu finden, der die Heranziehung der Unternnehmer zu Arbeitslosigkeitsbeiträgen gestattet, ohne die Unabhängigkeit der Gewerkschaften zu gefährden. Der Berliner Stadtrat Fischbeck kann in den Gemeinden überhaupt keine geeigneten Organe für diesen Versicherungsweitz erkennen. Für den Aufbau der Arbeitslosenversicherung auf der Basis der Arbeitsnachweise trat Dr. Fiesch (Frankfurt a. M.) ein. Dagegen bekannte sich Dr. Most (Düsseldorf) als entschiedener Gegner der Gewerkschaften und des Genter Systems. Er meinte, solange die Gewerkschaften einen politischen Einschlag haben und als Feinde der Gesellschaftsordnung auftreten, solange sei an deren Subvention nicht zu denken. Im übrigen plädierte er für die obligatorische Arbeitslosenversicherung. Es hätten sich dafür schon die Städte Magdeburg und Düsseldorf sowie der Städtetag von Sachsen-Anhalt ausgesprochen. Dr. Fuchs (Wien) schilderte sodann die Kölner Arbeitslosenliste, die zu einer Art Rückversicherung für die Gewerkschaften ausgestaltet werden soll. Dr. Wachtel (Carlsberg) polemisierte scharf gegen Fischbeck und Most und verteidigte unter lebhaftem Beifalle das Genter System, das nicht die Förderung der Gewerkschaften, wohl aber die Selbsthilfe der Arbeiter bezwecke. An letzter Stelle wurde über die Schaffung einer internationalen Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Einsetzung eines ständigen Ausschusses beraten. Die vorgelegten Statuten wurden einstimmig genehmigt. Die Vereinigung erstrebt die Schaffung eines ständigen internationalen Sekretariats, Veranstaltung periodischer internationaler Versammlungen, Untersuchungen und gegenseitige Auskunftserteilung, Veröffentlichung von Studien sowie eines Bulletin und Schritte zur Schaffung vergleichbarer Statistiken, sowie von Abkommen und Verträgen über die Arbeitslosenfrage. Die nationalen Sektionen sollen autonom sein, doch ist auch der Anschluß an die Vereinigung ohne Beitritt zur Landessektion gestattet. Der

